

Bernd Ladwig

Was ist heute noch links?

In einer nostalgischen Fernsehsendung, die den 68ern Lebewohl sagte, wurde Robert Gernhardt gefragt, warum er noch links sei. Weil er nicht rechts sei, antwortete der Dichter. So leer die Antwort anmutet, sie enthält einen wichtigen Hinweis: Links und Rechts sind relationale Begriffe. Betrachtungen über die Linke sind wenigstens implizit auch Betrachtungen über die Rechte. Was aber ist die sachliche Substanz der Unterscheidung? Hat sie einen invarianten Kern? Ja, meinte der italienische Philosoph Norberto Bobbio: Linke sind für Gleichheit oder tendenziell für Gleichheit, Rechte sind für Ungleichheit oder tendenziell für Ungleichheit (Bobbio 1994). Die Antwort ist in ihrer eleganten Schlichtheit nicht zu schlagen, und sie scheint mir im Grunde richtig zu sein. Ohne weitere Differenzierungen wird sie allerdings nicht verständlich.

Von Ursachen und Zuständen

In einem gewissen Sinne sind auch moderne Rechte für Gleichheit. Von ihren extremsten Vertretern abgesehen, akzeptieren auch sie, dass alle Menschen als Gleiche zu achten und zu berücksichtigen sind. Alle nicht radikalen Rechten lassen die Menschenrechte als Minimalgebot der politischen Moral gelten. Strittig kann dann nur mehr sein, wie man die Idee der gleichen Achtung und Rücksicht und ihrer menschenrechtlichen Verwirklichung konkretisieren sollte.

Etwas plakativ gesagt: Rechte konkretisieren sie in einem minimalistischen Sinne, Linke in einem maximalistischen. Minimalistisch heißt im Wesentlichen:

Menschenrechte werden primär verstanden als Rechte auf negative Freiheiten, als Abwehrrechte gegen den Staat. Linke weisen gegen diese Minimierungsstrategie darauf hin, dass Rechte nicht lediglich Versprechen bleiben dürfen, sondern, marxistisch gesprochen, einen Gebrauchswert haben müssen. Dieser Gebrauchswert verlangt nach ihrer Materialisierung.

Ein weiterer Einwand nicht aller, aber vieler Linker lautet: Werden Menschenrechte allein als Freiheitsrechte verstanden, so nützen sie nur denjenigen, die wenigstens potentiell stark und selbständig genug sind, um sich selbst zu bestimmen. Menschenrechte sind aber universelle Rechte: Sie kommen allen Menschen als solchen zu, ungeachtet aller empirischen Unterschiede. Sie sind Rechte auch für diejenigen, die die nötige Stärke und Selbständigkeit nicht mehr, noch nicht oder prinzipiell nicht haben.

Eine linke Auslegung der menschenrechtlichen Gleichheitsidee¹ erkennt man im Zweifelsfall an einem gewissen Konsequentialismus. Linke neigen dazu, Weltzustände zu bewerten, während Rechte eher Kausalitäten betonen. In der rechten Rhetorik spielt die Unterscheidung von Unrecht und Unglück eine fundamentale Rolle, in der linken nicht. Die Unterscheidung von Unrecht und Un-

1 Dabei ist Gleichheit immer normativ zu verstehen, nicht empirisch. Manche Linke missverstehen ihre Parteinahme für Gleichheit als Feststellung über Faktisches, etwa die „an sich“ gleiche Begabung aller Menschen. Doch der springende Punkt ist ein normativer: Gleichheit ist eine Forderung und nichts, was sich empirisch dingfest machen lässt.

glück wird von Rechten so verstanden, dass ein Unrecht vor allem ist, was jemandem durch andere Akteure intentional zugefügt wird; die paradigmatischen Fälle sind Unterdrückung und Zwang. Alles andere schieben Rechte auf die Seite des Unglücks. Dazu kann auch gehören, dass einige Menschen in der sozialen Chancenverteilung sehr viel schlechter wegkommen als andere.

Linke neigen insofern zum Konsequentialismus, als sie das Augenmerk eher auf unsere Handlungsmöglichkeiten richten und nicht so sehr auf die Frage, wie ein bestimmter Zustand der Abweichung von Gleichheit zustande gekommen ist. Wenn wir beispielsweise sehen, dass infolge angeborener Benachteiligung einige unverschuldet schlechter dastehen als andere, dann interessiert Linke vor allem, ob wir individuelle oder gemeinschaftliche Möglichkeiten der Korrektur oder Kompensation haben. Weniger wichtig nehmen sie, ob die Benachteiligung das Ergebnis fremden Handelns oder zunächst nur unglücklicher Umstände war.

Um das kurz an der Institution des Marktes zu illustrieren: Nicht alle, aber einige Rechte sind marktradikal (andere wollen gewisse Ungleichheiten auch und vor allem gegen den Markt gewahrt wissen). Eine marktradikale Extremposition hat der Sozialtheoretiker und Ökonom Friedrich August Hayek eingenommen (von Hajek 1980-81). Der Markt galt ihm als subjektlos funktionierender Mechanismus, über den wir Informationen erlangen und den wir aus Gründen der Wohlfahrtserzeugung auch nicht entbehren können. Wenn der Markt bestimmte Ergebnisse erzeugt, sind diese jeder Art von Gerechtigkeitskritik entzogen, und zwar aus logischen Gründen: weil sie sich nicht zurückführen lassen auf Intentionen bestimmter Akteure. Sie sind intentionslos zustande gekommen; marxistisch gesprochen: naturwüchsig.

Eine linke Erwidierung lautet: Der Markt ist eine Institution, deren Resultate zwar hinter dem Rücken der Akteure zustande kommen, deren Rahmenbedingungen –

und die Reichweite ihrer Geltung – jedoch in unsere gemeinschaftliche Verantwortung fallen. Hayek verkürzt die Gerechtigkeitsidee auf die Möglichkeit individueller Zuschreibung von Verantwortung. Wenn aber der soziale Mechanismus des Marktes systematisch Ungleichheiten erzeugt oder verstärkt, so müssen wir uns fragen, welche unparteilich gerechtfertigt sind. Die ungerechtfertigten sollten wir nach Maßgabe unserer Korrekturmöglichkeiten korrigieren.

Spielarten der Linken

Ich habe bis jetzt immer so gesprochen, als gäbe es *die* Linke und als stünde diese auf einer menschenrechtlichen Basis. Das ist natürlich nicht generell der Fall. Es gibt linke Strömungen, in deren Deutung des Gleichheitsgedankens die Menschenrechte allenfalls instrumentell, aber nicht prinzipiell vorgesehen sind. Ich würde sagen, dass Marx' Ideologiekritik der Menschenrechte nicht so sehr als Ideologiekritik verfehlt war – als solche hat sie viel Augenöffnendes gehabt –, sondern dass die andere Seite, die prinzipielle Verteidigung der menschenrechtlichen Idee, gefehlt hat. Das hat, gewiss gegen Marx' Intentionen, eine fatale Tradition autoritärer, namentlich parteikommunistischer Linker begünstigt. Diese Tradition ist diskreditiert, weshalb ich sie im Weiteren übergehen werde.

Nicht diskreditiert sind zum einen liberär-anarchistische, zum anderen liberale linke Positionen. Das Problem mit liberär-linken Positionen ist, dass sie zwar nicht den Intentionen, wohl aber den absehbaren Ergebnissen ihrer Verwirklichung nach regressiv sind: Sie bedeuten einen fundamentalen Rückfall hinter die Differenzierungsformen moderner Gesellschaften. Ein „Unmittelbarkeits-Kommunismus“ (Rainer Land), ohne Geld, Recht, Staat und systemisch ausdifferenzierte Handlungsbereiche, ist keine Option, die wir ohne unerträgliche Verluste an Wohlfahrt und Freiheiten ergreifen könnten.

Was bleibt, ist jene liberal linke Position, von der ich bislang stillschweigend ausgegangen war. Sie tritt in zwei Ausprägungen auf. Beide verbindet ein starkes Verständnis von Menschen- und Bürgerrechten, das wiederum in einer Wertschätzung individueller Selbstbestimmung oder personaler Autonomie wurzelt.

Die eine Ausprägung dieser liberalen Linken ist die zivilgesellschaftlich-republikanische. Sie betont in erster Linie die politische Autonomie der Person und den politischen Zweck individueller Rechte und Freiheiten. Die andere Ausprägung könnte man – frei von allen parteipolitischen Anklängen – sozial-liberal nennen. Sie ist heute in der anglo-amerikanischen politischen Philosophie tonangebend, was beinahe allein an dem Werk des Amerikaners John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit* liegt. Dieses Werk bildet den Bezugsrahmen, in dem bis heute angloamerikanische Autoren Fragen der Gleichheit diskutieren. Für die andere, die zivilgesellschaftlich-republikanische Tradition der liberalen Linken stehen in Deutschland vor allem Jürgen Habermas und die sich an ihn anschließende Tradition einer Diskurstheorie der Politik.

Ich habe eine gewisse Präferenz für die sozial-liberale Variante, obwohl ich die zivilgesellschaftliche in Grenzen für ein notwendiges Korrektiv halte. Gewiss bedarf die sozial-liberale Gleichheitsidee der demokratischen Konkretisierung. Überdies sind demokratische Teilnahmerechte selbst ein gleich zu verteilendes Grundgut. Die zivilgesellschaftliche Variante darf andererseits nicht übersehen, dass Gleichheit, erstens, nicht aufgeht in der Idee gleicher politischer Teilnahmemöglichkeiten, sondern dass sie gleiche Verwirklichungschancen auch über politische Partizipation hinaus meinen muss. Zweitens birgt die zivilgesellschaftliche Ausprägung der Linken die Gefahr zu übersehen, in welchem Maße zivilgesellschaftliche Freiheiten auf eine starke staatliche oder staatlich gewährleistete

Hintergrundsicherung angewiesen sind. Andernfalls ist faktisch nicht zu erwarten, dass genügend Akteure zivilgesellschaftlich, das heißt kreativ, mutig und auch widerständig handeln werden.

Die Phase des stärksten zivilgesellschaftlichen Engagements der 70er und frühen 80er Jahre in der alten Bundesrepublik war nicht zufällig eine Phase entwickelter sozialer Sicherheiten. Das Wegbrechen sozialer Sicherheiten hat umgekehrt zur Abschwächung zivilgesellschaftlichen Engagements beigetragen. Nur wenn das bedacht wird, kann die Zivilgesellschaft eine linke Idee sein. Schließlich gibt es durchaus Tendenzen, sie zu Zwecken des Sozialabbaus zu instrumentalisieren. Die Anfälligkeit nicht weniger Grüner für den Neoliberalismus hat damit zu tun, dass ihre zivilgesellschaftliche Orientierung eine abstrakte Staatsgegnerschaft begünstigt und diese wiederum eine Unterschätzung der strukturellen Gewalt von Märkten bei Überschätzung der repressiven Gewalt von Staatsadministrativen und der Entfremdung in und durch Bürokratien nahe gelegt hat.

Ein radikales Verständnis von Chancengleichheit

Der soziale Liberalismus scheint mir daher der überzeugendste Bezugsrahmen für die Begründung einer modernen linken Position zu sein. Seine wichtigsten Voraussetzungen sind: Erstens: Alle zählen als Gleiche. Zweitens: Soweit Menschen die Möglichkeit der selbstverantwortlichen Lebensführung als freie Personen haben, muss man ihnen gewisse Ergebnisse ihres eigenen Entscheidens und Handelns auch zumuten. Das kann bedeuten, dass sie aus Gründen, die sie selbst zu verantworten haben, schlechter dastehen als andere.

Die andere Seite ist aber, dass Menschen in den Hinsichten, die sie nicht selbst zu verantworten haben, nicht so behandelt werden dürfen, als wären sie dafür zuständig. Denken wir an die folgenden Hintergrundbedingungen: In welche Fa-

milie wurde ich hineingeboren; welcher Generation gehöre ich an; mit welchen Talenten bin ich gesegnet? Sie fallen gemäß einem starken oder radikalisierten Verständnis von Chancengleichheit nicht in die Verantwortung der Personen. Ich glaube, es ist dieses starke oder radikalisierte Verständnis von Chancengleichheit, das die überzeugendste Interpretation einer liberalen linken Gleichheitsidee darstellt. Das bedeutet zweierlei:

Erstens: Es ist falsch, Chancengleichheit in einen Gegensatz zu bringen zur Umverteilung oder verteilenden Gerechtigkeit. Chancengleichheit ist eine mögliche Konkretisierung der Idee verteilender Gerechtigkeit. Sie ist nicht ein Anderes oder ein Jenseits davon. Umverteilung muss mit Bezug auf die Angleichung von Chancen gerechtfertigt werden. Zweitens: Der für diese Idee entscheidende Wert, auf den hin verteilt wird, ist die individuelle Freiheit oder Autonomie der Person. Dabei ist es falsch, zwischen Freiheit und Gleichheit einfach einen Gegensatz zu behaupten, weil Freiheit und Gleichheit auf zwei verschiedenen Ebenen liegen. Freiheit ist eine Antwort auf die Frage: Was ist der Wert, auf den hin wir gleich behandelt werden wollen? Gleichheit ist eine Antwort auf die Frage: Wie soll verteilt werden? Es ist nicht so, dass man dieser liberalen Konzeption zufolge zwischen Freiheit und Gleichheit irgendeine Art von Formelkompromiss finden müsste. Vielmehr geht es um die Konkretisierung und Materialisierung der letztlich unliberalen Idee gleicher Freiheiten. Die linke Zutat zu dieser Idee ist die der Materialisierung nach bestimmten Hinsichten. Eine liberal linke Position würde Egalisierung und also Umverteilung in jenen, aber nur in jenen Hinsichten verlangen, in denen die Personen aus Gründen der Fairness nicht selbst verantwortlich zu machen sind.

Bausteine zu einer linken Agenda

Drei Punkte seien genannt, die sich aus dieser Position für eine moderne linke

Agenda ergeben könnten. Dabei will ich mich jeweils an Faktoren orientieren, die zweifelsfrei nicht in die Eigenverantwortung der Personen fallen, sondern zu den Hintergrundbedingungen gehören, unter denen die Personen überhaupt erst Verantwortung übernehmen können.

Niemand hat verdient, in welche Familie er hineingeboren wird. Deshalb gehört zu jeder linken Position, die am Gleichheitsgedanken festhält, eine radikale Kritik des Erbrechts. Auch wenn man aus verschiedenen Gründen, etwa der Effizienz oder des Wertes von Familienbindungen, davon absieht, das Erbrecht ganz abschaffen zu wollen, so ist es dennoch für die Frage der Umverteilung eine viel näher liegende Position, das Erbrecht anzugreifen, als eine Anhebung der Vermögenssteuer zu fordern.

Eine linke Position erkennt man also daran, dass sie das Erbrecht angreift. Das ist übrigens eine Idee, die sich nicht nur bei Marx findet, sondern außer bei dem Anarcho-Sozialisten Michael Bakunin beispielsweise auch bei John Stuart Mill, einem Gründungsvater des sozialen Liberalismus aus dem 19. Jahrhundert. Der Zweck der Einschränkung des Erbrechts ist ein Maximum der Annäherung an Gleichheit der Startbedingungen.

Ein zweiter Punkt nimmt Bezug auf ein Argument von John Rawls: Auch Talente – die in der Lotterie der Natur verteilten Gaben wie Schönheit, Intelligenz, Cleverness und Risikobereitschaft – gehören zu den Faktoren, für die die Personen wenigstens anfänglich nicht verantwortlich sind. Wir driften gegenwärtig auf einen Zustand der Gesellschaft zu, in dem kognitive Fähigkeiten mehr denn je zu Schlüsselressourcen werden. In der „Wissensgesellschaft“ sind die eigentlichen Verlierer – um es etwas salopp und politisch unkorrekt zu sagen – die ‘Dummen’. Ich glaube nicht, dass die Linke wirklich schon eine Antwort auf die Frage gefunden hat, wie denn eine Inklusion derer aussieht, die nicht in der Lage sind, die Angebote der Wissensgesellschaft souverän zu nutzen, wenn man sie nur

ein wenig fördert und vielleicht auch zwingt. Jede – gewiss notwendige – Stärkung des Faktors Bildung stärkt auch die tendenzielle Monopolstellung der Ressource Wissen. Das bedeutet eine Kampfansage an alle, die aus welchen Gründen auch immer in kognitiver Hinsicht nicht nur aktuell benachteiligt sind, sondern auch künftig absehbar benachteiligt sein werden. Eine grundlegende Sorge der Linken müsste daher dem Umstand gelten, dass wir zunehmend in „Wissensgesellschaften“ leben, die Menschen aufgrund von Faktoren, für die sie nichts können, abzuhängen und zu exkludieren drohen.

Wofür drittens keiner etwas kann, ist die Stellung in der Generationenfolge. An diesem Punkt kommt zum einen der Gerechtigkeitsaspekt der Nachhaltigkeit ins Spiel. Zum anderen ist damit die Frage der Arbeitslosigkeit berührt. Am Beispiel des Bereichs, mit dem ich am besten vertraut bin, der Wissenschaft: Es war reines Glück, zu einer Generationenkohorte zu gehören, die zu den Kriegsgewinnlern von 1968 zählte und nahezu alle Professuren bis zur Verrentung besetzen konnte. Wer sich 1978 habilitiert hat, war hingegen mit einem ‘closed shop’ konfrontiert.

Aus Gründen der Gerechtigkeit müsste daher die Besetzung von Positionen an die Bedingung einer prinzipiell gleichen Zugänglichkeit für alle nachfolgenden Generationen geknüpft sein. Vollbeschäftigung ist ohnehin ein Phantomziel. Zu den Grundfehlern von Rot-Grün gehörte, nie ernsthaft eingeräumt oder wohl auch nur gesehen zu haben, dass Vollbeschäftigung kein realistisches Ziel ist. Dieses Ziel ist schon normativ fragwürdig – denken wir etwa an den faktischen Ausschluss vieler Frauen seit den späten 50er Jahren, also in der vorgeblich goldenen Zeit der Vollbeschäftigung, oder an die ökologisch verheerenden Folgen vieler Tätigkeiten. Es ist aber überdies aus empirischen Gründen völlig illusionär.

In dem Maße, wie sich eine Regierung,

ob Links oder Rechts, an diesem Ziel orientiert, macht sie sich erpressbar durch diejenigen, die als Arbeitsplatzanbieter auftreten können. Sie gerät in eine Deregulierungsspirale, ohne irgendeine Gewähr zu haben, dass sie irgendwann für das ständige Nachgeben mit neuen Arbeitsplätzen belohnt werden wird.² Und selbst wenn das passierte, würde ein gewisser Sockel bleiben. Wir kennen Länder, in denen das Arbeitslosigkeitsproblem näherungsweise gelöst wurde. Die Kosten in *terms* sozialer Ungleichheit und auch der Schaffung neuer, stofflich und vom Arbeitsinhalt her nicht zu rechtfertigender Beschäftigungsverhältnisse waren und sind zu hoch. Ohnehin hat die deutsche politische Kultur ein anderes Verhältnis zur Tolerierbarkeit sozialer Ungleichheiten als etwa die angloamerikanische. Also sollte man als Linker voraussetzen, dass Vollbeschäftigung nicht das Ziel sein kann. Was aber dann?

Eine mögliche Forderung wäre ein Bürgerrecht auf fairen Anteil an bezahlter Arbeit. Das würde bedeuten: Jeder und jede hat ein Anrecht darauf, wenigstens für eine gewisse Zeit seines oder ihres Lebens ein Einkommen aus bezahlter Arbeit zu beziehen. Das wird empirisch nur zu realisieren sein, wenn diejenigen, die heute die Arbeitsplätze de facto besetzen, bereit sind, einige der damit verbundenen Privilegien aufzugeben. Ein Beispiel ist das von Claus Offe vorgeschlagene *Sabbatical*: Zehn Jahre kann jeder nach Belieben ausscheren und frei machen. Alternativ könnte man eine Verallgemeinerung dessen erwägen, was heute „Teilzeitarbeit“ heißt. Es ist sofort klar, dass solche Vorschläge nicht nur estatistisch von oben herab verwirklicht werden könnten, sondern nach einer veritablen Kulturrevolution verlangten. Und hier wäre vor allem der männliche Teil der Erwerbsbevölkerung – ich fasse mich an die eigene Nase – gefordert.

² Besonders hellichtig hat das André Gorz (2000) gesehen.

Das also ist eine mögliche linke Idee: Bürgerrecht auf fairen Anteil an bezahlter Arbeit statt Vollbeschäftigung. Wenn man das nun finanzieren und denen, die etwas abzugeben hätten, irgendwie schmackhaft machen wollte, dann müsste man wohl die Existenz- und Daseinsrisiken konsequent auf die universalistische Basis von Besteuerung stellen und nicht wie bisher an Lohnarbeit knüpfen. Diese letzte Verbindung ist viel zu prekär und bedroht viele mit Altersarmut.

Klar scheint mir auch zu sein: Nicht nur der Inhalt, auch die Form solcher Kämpfe kann heute keine rein oder auch nur vorrangig nationale mehr sein. Weniger denn je ist Keynesianismus in einem Lande möglich. Mit Gerechtigkeit war es ohnehin nie zu vereinbaren, auf Kosten des Rests der Welt einige Wohlstandsinselfen zu errichten, mit Mauern zu umgeben und gewaltsam zu verteidigen. Die Grundnorm der gleichen Rücksicht und Achtung gibt bei angemessen radikaler Auslegung zu erkennen, wie feudal die globalen Verhältnisse nach wie vor sind. Das bloße Unglück, in ein armes Land hineingeboren zu sein, verurteilt Milliarden zu einem an Möglichkeiten armen Leben. Sie haben ja scheinbar „nur Pech gehabt“, und das ist, wie Rechte zu betonen nicht müde werden, doch schließlich kein Unrecht. Also ist es auch kein Unrecht, Umverteilung auf das absolute Minimum der Katastrophenhilfe zu beschränken und Einwanderungswillige jedenfalls solange abzuweisen, wie sie „nur“ ihr persönliches Los verbessern wollen und keine handfeste Verfolgung nachweisen können. Rechte achten eben strikt auf Kausalitäten.³ Die Weltzustände aber, die so, und sei es aus bloßer Gedankenlosigkeit und Indifferenz der Privilegierten, zementiert werden, schreien zum Himmel. Sie werden als Unrecht erkennbar, wenn man sie mit den prinzipiell vorhandenen Möglichkeiten der

Abhilfe durch politisches Handeln konfrontiert. Linke erkennt man eben daran, dass sie Unrecht auch in Strukturen der Ungleichheit sehen, die wir prinzipiell ändern könnten. Nicht nur aus pragmatischen, auch aus prinzipiellen Gründen muss daher die Linke heute sein, was sie deklaratorisch immer war: internationalistisch und kosmopolitisch.

Literatur

- Bobbio, Norberto (1994): *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin
- Gorz, André (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt am Main 2000
- von Hayek, Friedrich August (1980-81): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*. Landsberg am Lech, Bd. 2
- Rawls, John (1975): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main

³ Dass sie diese gewöhnlich durch den Filter eigener Vorteilswahrung wahrnehmen, kommt „strafverschärfend“ hinzu.